

AusländerInnen im Bildungswesen, oder noch lieber : dient die Schule nur der kulturellen Mehrheit?

Autor(en): **Ghionda-Allemann, Cristina**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1989)**

Heft 10: **Immigration**

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584226>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AusländerInnen im Bildungswesen, oder noch lieber: **Dient die Schule nur der kulturellen Mehrheit?**

CRISTINA GHIONDA-ALLEMANN

«Die EDK bekräftigt den Grundsatz, die fremdsprachigen Kinder in die öffentlichen Schulen zu integrieren. Jede Diskriminierung ist zu vermeiden. Die Integration respektiert das Recht des Kindes, die von den Eltern gelebte kulturelle Identität zu bewahren.»

(Aus: Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Empfehlungen zur Schulung der fremdsprachigen Kinder vom 24. Oktober 1985).



In dieser Nummer der DISKUSSION ist ein Artikel einem Thema gewidmet, von dem man meinen könnte, dass es vor allem SpezialistInnen interessiert, vielleicht am ehesten Personen, die im Schulwesen tätig sind.

Die Interaktion zwischen den ausländischen Kindern und der Schule ist aber ein wichtiger Aspekt des Lebens, an dem ebenso ausländische wie einheimische Kinder, Eltern und Lehrkräfte, also ein ansehnlicher Teil der Gesamtbevölkerung, teilhaben. In den meisten Kantonen der Schweiz sind die Klassen nämlich schon vom Kindergarten an international gemischt und werden es in den nächsten Jahren weiterhin sein.

Es wäre also nicht ganz gerecht, davon auszugehen, dass die ausländischen Kinder ein Problem für die Schule darstellen (das wäre die «normale» Art und Weise, an die Problematik heranzugehen), oder umgekehrt, dass die Schule, so wie sie jetzt ist, ein Problem für die ausländischen Kinder darstellt (das wäre bereits eine unkonventionellere Sicht).

FOTO: EMIL SCHNEUWLY

Die Dinge können auch anders betrachtet werden: In der heutigen Schweiz – und übrigens in vielen anderen europäischen Ländern – ist es vielmehr so, dass Lehrkräfte, Eltern und nicht zuletzt die Kinder selbst durch die Tatsache der international gemischten Klassen und Schulhäuser sich täglich mit neuartigen Situationen auseinandersetzen müssen.

In dieser Situation koexistiert eine kulturelle Mehrheit mehr oder weniger friedlich mit einer Fülle von Minderheiten. Ganz unterschiedliche Sprachen, Verhaltensweisen, Religionen, Hautfarben prallen aufeinander. Der einzelne ist in der Regel nicht darauf vorbereitet. Auch die Institution Schule ist nicht darauf vorbereitet.

Die Frage ist, was getan werden kann – und mit welchen Mitteln –, um auf eine Art an den oben skizzierten Aspekt des Phänomens «Migration» heranzugehen, die sich von der anachronistischen Assimilationspraxis und von der beliebten Pflasterli-Politik abhebt.

Ich möchte hier auf einige Ideen und Vorschläge in zwei sich ergänzenden Bereichen eingehen: nämlich in den Bereichen der Bildungspolitik und der Pädagogik. Dabei versteht sich von selbst, dass der Bildungspolitiker und der Pädagoge isoliert wenig erreichen können. Deren Bemühungen sind Steine im grossen Mosaik der Migrationspolitik und der Politik schlechthin.

Multikulturelle Bildungspolitik: Was kann sie anstreben?

Drei Fakten werden dazu führen, dass die schweizerische Bildungspolitik (die zum grossen Teil eigentlich eine kantonale Bildungspolitik ist) mit der Zeit von der bisherigen einsprachigen und monokulturellen (man könnte auch sagen ethnozentrischen) Optik wekommt, um sich einer mehrsprachigen und multikulturellen Optik zu öffnen.

Das eine ist die Aufmerksamkeit, die der Bundesrat und andere Institutionen wenigstens auf dem Papier neuerdings der

Viersprachigkeit der Schweiz entgegenbringen.

Das andere ist das zukünftige Europa, in dem Wechselbeziehungen jeder Art jedes Land – auch die Schweiz – betreffen werden.

Ein drittes Faktum ist ebenso wirklich wie die anderen beiden, obwohl es für die Mehrheit der Bevölkerung – Bildungspolitiker und Pädagogen nicht ausgenommen – vielleicht etwas schwieriger zu akzeptieren ist: die Tatsache nämlich, dass viele ausländische Minderheiten nicht mehr nur vorübergehend in der Schweiz leben, sondern weitgehend stabil sind.

In diesem Kontext können die sprachlichen, kulturellen und bildungsmässigen Anliegen der ausländischen Schüler nicht mehr als Sonderfall, der eine braucht, etikettiert werden.

Die Bildungspolitik sollte sich im Gegenteil vom Prinzip leiten lassen, dass kulturelle Mehrheit und Minderheiten (ob nun ein-

etwa erstes Stadium siebziger Jahre, zweites Stadium achtziger Jahre, drittes Stadium neunziger Jahre, sonderneher als eine Reihenfolge von Stadien. Viele Gemeinden handeln im Bereich der Schule heute noch im Sinne des ersten Stadiums oder handeln überhaupt nicht. Andere versuchen andere Varianten; einschlägige Forschungsarbeiten geben Auskunft darüber.

Die im Kasten zitierten Empfehlungen der EDK von 1985 sind m. E. noch einer ausländerzentrierten Optik verhaftet, obwohl anerkannt werden muss, dass sie die positiven Seiten des «Ausländerseins» betonen.

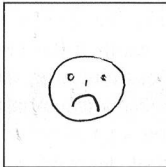
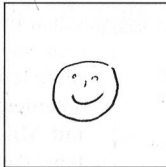
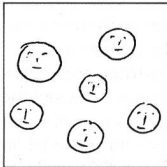
Das dritte Stadium «multikulturelle/ganzheitliche Bildungspolitik» ist in meinen Augen die fortgeschrittenste Variante, die wahrscheinlich erst praktiziert werden kann, wenn die ersten beiden durchlaufen worden sind. Es gibt in einigen europäischen Ländern einzelne Bei-

eine Augenwischerei ist, wenn nicht mitberücksichtigt wird, dass sozio-ökonomische Unterschiede zwischen den Familien nach wie vor existieren. Kinder aus Arbeiterfamilien sind bekanntlich in der Regel im Nachteil gegenüber bessergestellten Kindern, ob sie nun einen schweizerischen oder einen ausländischen Pass besitzen.

An diese Tatsache muss hier erinnert werden, nicht zuletzt, weil sie auch Konsequenzen für die pädagogisch-didaktische Praxis hat.

Ziel: multikulturelle oder ganzheitliche Pädagogik

Aus einer neuorientierten, multikulturellen Bildungspolitik ergibt sich eine ebenso neuorientierte, multikulturelle Pädagogik, die genau genommen eine ganzheitliche Pädagogik zu sein hat, bei welcher die Anlie-

		
AusländerInnen: ein Problem	AusländerInnen: eine Chance	Einheimische und AusländerInnen: eine Tatsache
Massnahmenpaket betrifft: AusländerInnen	Positive Aktionen betrifft: AusländerInnen	Vielfalt akzeptieren betrifft: Einheimische und AusländerInnen
Defizite der AusländerInnen kompensieren	Anderssein der AusländerInnen aufwerten	Ganze Vielfalt verarbeiten
Ausländerpädagogik		multikulturelle oder ganzheitliche Pädagogik

heimisch oder ausländisch) in Kindergarten, Schule und anderen Bildungsinstitutionen das Recht haben, die eigene Sprache und Kultur zu pflegen.

So lässt sich eine Progression feststellen in der Art und Weise, wie auf bildungspolitischer Ebene die Schüler gesehen werden:

Diese Progression ist nicht unbedingt zeitlich zu verstehen,

sowie für Schulversuche und institutionelle Reformen, bei denen die Kriterien der Ganzheitlichkeit und der gleichen Rechte für kulturelle Minderheiten und Mehrheit bestimmend sind.

In der Diskussion über die verschiedenen Modelle der Bildungspolitik darf nicht ausser acht gelassen werden, dass die hier gemeinte Gleichheit

FACHLICHE WEITERBILDUNG: ZWEITSPRACHERWERB, SPRACHDIDAKTIK IN INTERNATIONAL GEMISCHTEN KLASSEN, NICHT ETHNOZENTRISCHER GESCHICHTSUNTERRICHT USW.

PSYCHOPÄDAGOGISCHE FÄHIGKEITEN FÜR DEN UMGANG MIT INTERNATIONAL GEMISCHTEN KLASSEN

KENNTNISSE ÜBER SOZIALE, ÖKONOMISCHE UND KULTURELLE ASPEKTE DER EMIGRATION BZW. DER HERKUNFTSLÄNDER

EINSTELLUNG ZU FREMDEN KULTUREN ÜBERPRÜFEN (ANTI-RASSISTISCHE HALTUNG)

gen aller Beteiligten respektiert werden.

Was muss konkret geschehen, damit eine solche Pädagogik verwirklicht wird?

Beginnen wir bei der einzelnen Lehrkraft, die ja ihren Alltag bestreiten muss. Gemäss Erfahrungen an Lehrerseminaren und Ergebnissen von Tagungen sind für den einzelnen Veränderungen auf vier Ebenen nötig und auch möglich:

Ausserdem kann jede Lehrperson auf Primar- und Sekundarstufe den Kontakt zu ausländischen Kolleginnen und Kollegen der Kurse für die Sprachen und Kulturen der verschiedenen Herkunftsländer suchen.

So können gemeinsame Unterrichtsprojekte entstehen, die einheimische und ausländische Kinder einbeziehen und motivieren.

Mit solchen Initiativen, die von Lehrkräften ausgehen, können verschiedene Ziele erreicht werden:

Die Kinder fühlen und erleben, dass ihre verschiedenen Sprachen und kulturellen Umfeldler legitim sind, dass sie nichts zu unterdrücken, aber auch mit nichts zu prahlen brauchen. Dies ist die beste Voraussetzung für die Entwicklung von sprachlichen, aber auch von sozialen Kompetenzen, sowie für die anti-rassistische Einstellung des Erwachsenen von morgen. Lehrkräfte unterschiedlicher Herkunft können sich gegenseitig methodisch und inhaltlich Impulse geben und dadurch die eigene Professionalität erweitern.

Die Unterrichtspraxis passt sich an die veränderten Um-

stände an; so werden allmählich eintretende Reformen (Lehrplanrevisionen, Aus- und -fortbildung und weitere Punkte im Kasten) auf einem vorbereiteten Terrain eher zu verwirklichen sein.

Änderungen brauchen den Einzelnen. Strukturen müssen aber neuen Anforderungen gewachsen sein.

Eine Binsenwahrheit: Die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit hat nur Chancen, wenn der einzelne versucht, selbst neu zu denken und zu handeln. Andererseits sind mindestens gewisse persönliche Initiativen nur möglich, wenn entsprechende Strukturen vorhanden sind: Ein Beispiel dafür ist die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte. Im Kasten werden sieben Schwerpunkte für strukturelle Änderungen vorgeschlagen, für die zum Teil gesetzliche Reformen nötig, zum Teil aber der Wille von Personen und Behörden ausreichend ist.

Ein weiterer Schwerpunkt fällt aus dem Rahmen der schulischen Institution, ist aber m. E. sehr wichtig: nämlich die **vermehrte Berücksichtigung von Themen im Zusammenhang mit Migration an Universitäten**: das heisst konkret eine Einrichtung von Lehrstühlen, Finanzierung von Forschung. Denn schliesslich wird ein nicht zu unterschätzender Teil der Lehrkräfte, Bildungspolitiker, Beamten, kurz der Personen, die Einfluss nehmen können, an Universitäten ausgebildet.

Viele der hier vorgeschlagenen Ideen und Vorschläge sind bereits in irgendeiner Ecke Europas (einschliesslich Schweiz)

Kleine Literaturauswahl

GEW Script. **Integrierter muttersprachlicher Unterricht. Ein neues Fach für ausländische und deutsche Kinder.** Hrsg. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt am Main, 1988. Adresse: Unterlindau 58, Frankfurt.

Hüsler-Vogt, Silvia. **Unsere Klasse hat viele Gesichter.** Zu beziehen bei: Schulstelle Dritte Welt, Postfach 1686, 3001 Bern.

Allemann-Ghionda Cristina, Vittoria Lusso Cesari, **Schulische Probleme von Fremdarbeiterkindern: Ursachen, Massnahmen, Perspektiven.** Aarau, Hrsg. Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, 1989 3. Auflage.

Zustand und Zukunft der vier-sprachigen Schweiz. Abklärungen, Vorschläge und Empfehlungen einer Arbeitsgruppe des Eidgenössischen Departements des Inneren. Bern, August 1989.

Internationale Schülerschaft - multikulturelle Pädagogik

7 Schwerpunkte

1. Lehrplanrevision; Weg vom ethnozentrischen Weltbild
2. Unterricht in Minderheitssprachen in das reguläre Pensum integrieren. Weiche Lösung: Minderheitssprachen als Wahlfächer anbieten. Harte Lösung: Jedes fremdsprachige Kind wird grundsätzlich einige Wochenstunden in der eigenen Herkunftssprache unterrichtet, es sei denn, die Eltern wünschen das Gegenteil. In beiden Fällen haben einheimische Kinder Zugang zum Unterricht.
3. Tendenzen der Ghettoisierung (Ausländerklassen) bekämpfen. Zweisprachige Modelle einrichten (z.B. bilinguale

- Klassen in Skandinavien, europäische Schulen).
4. Übertrittsverfahren revidieren: weniger schichtbezogen, weniger ethnozentrisch.
5. Lehrer/innenausbildung und -fortbildung umstrukturieren.
6. Elterninformation und -bildung so gestalten, dass Eltern aus verschiedenen Kulturkreisen aktiv mitmachen können.
7. Spezialisierte kantonale Fachstellen einrichten nach dem Vorbild des «Bereichs Ausländerpädagogik» (Erziehungsdirektion Zürich) oder des «Secteur Accueil et Education des Migrants» (Département de l'Education Publique, Genève).

Ein Sechstel der Bevölkerung der Schweiz ist ausländischer Herkunft. Auch unter den Schülern und Schülerinnen der obligatorischen Schule hat gut ein Sechstel (17%) eine ausländische Staatsangehörigkeit. In den letzten Jahren hat sich die Zusammensetzung der ausländischen Schülerschaft verändert: weniger Schulkinder stammen aus Italien, mehr aus Jugoslawien und der Türkei.

Die Ausländer und Ausländerinnen im schweizerischen Bildungswesen sind keineswegs eine homogene Gruppe. Das Spektrum reicht von den Kindern mit ausländischem Pass und einem schweizerischen Elternteil über Kinder von ausländischen Eltern, die selbst ihr ganzes Leben in der Schweiz verbracht haben oder hier sesshaft geworden sind, zu Kindern, die neu eingewandert sind. Daneben gibt es auch Personen, welche zu Ausbildungszwecken in die Schweiz kommen - vor allem in höheren Bildungsstufen. Das schweizerische Bildungswesen steht vor der keineswegs leichten Aufgabe, ihnen allen eine Ausbildung zu vermitteln. Der ausländische Pass allein sagt dabei wenig aus über die Chancen, im schweizerischen Bildungswesen erfolgreich zu sein. Dafür ist die Fremdsprachigkeit und die Stellung der Familie in der Gesellschaft entscheidender.

Deutlich häufiger als früher besuchen ausländische Jugendliche eine Ausbildung nach der obligatorischen Schule. Dies betrifft insbesondere Jugendliche aus Italien und Spanien in der Berufsausbildung.

verwirklicht. Erfahrungsmaterial für gewerkschaftliche und politische Tätigkeit im Bereich der Bildungspolitik und Pädagogik für einheimische und ausländische Kinder ist also in Hülle und Fülle vorhanden.

Cristina Ghionda-Allemann, Germanistin, ist Leiterin der Forschungsstelle der Stiftung ECAP und Autorin verschiedener Publikationen auf dem Gebiet der «interkulturellen Pädagogik».

Kontaktadresse: C. G. A., Wollbacherstrasse 1, 4058 Basel

1	Heimat	77/78	87/88
	Südeuropäische Länder		
	Italien	53%	42%
	Spanien	8%	13%
	Türkei	2%	8%
	Jugoslawien	1%	7%
	Griechenland	1%	1%
	Portugal	-	5%
	Nachbarländer		
	BRD	13%	5%
	Frankreich	5%	4%
	Oesterreich	4%	2%
	Uebrige Länder	14%	14%
		100%	100%
		(147 000)	(120 000)